



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/K/268 - 21. November 1955

Hinweise

auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 218 31-33

Fernschreiber 039 890

Der deutsche Weg der Saar Nutzbringender Gedankenaustausch/Zur Experten-Konferenz der Internationale	S. 2
Die USA und Genf	S. 3
SED nützt Genfer Fehlschlag	S. 5
Zur Lohnsituation in Nordrhein-Westfalen	S. 7

Der Tag von Sulzbach

G.H. Die Anwesenheit Erich Ollenhauers, des ersten Vorsitzenden der SPD und Oppositionsführer im Bundestag, gab dem Ausserordentlichen Parteitag der Deutschen Sozialdemokratischen Partei Saar, die sich nun auf Grund des einstimmigen Beschlusses der am 19. November 1955 in der Festhalle Sulzbach versammelten Delegierten, Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Landesverband Saar nennt, eine Bedeutung weit über die Grenzen des Saargebietes hinaus.

Zum ersten Male seit Beendigung des zweiten Weltkrieges sprach eine führende politische Persönlichkeit der deutschen Bundesrepublik im Saargebiet zu den Vertretern einer politischen Partei. Zum ersten Male seit dem 23. Oktober 1955, an dem das sogenannte Saar-Statut mit überwältigender Mehrheit von der saarländischen Bevölkerung abgelehnt wurde, demonstrierte ein Sozialdemokrat, was in erster Linie Aufgabe der Bundesregierung gewesen wäre: aus dem Abstimmungsergebnis die einzig mögliche Konsequenz zu ziehen, und sich als Deutsche zu den Deutschen an der Saar zu bekennen.

"Der Versuch, den Status quo mit einer europäischen Flagge zu dekorieren, ist gescheitert", sagte Erich Ollenhauer. "Hoffen wir, dass in der Bundesrepublik nicht wieder die Führung gegen die Mehrheit der Bevölkerung an der Saar interveniert". Auch die CDU/DPS-Vertreter, die an dem SPD-Parteitag teilnahmen, machten keinen Hehl daraus, dass es zu ernststen Konflikten kommen könnte, wenn die Bundesregierung fortfahren sollte in Frankreich die Vorstellung wachsen zu lassen, für den Kumpel an der Saar sei die Zwangsjacke das standesgemässe Kleidungsstück.

Ein vereintes Europa gibt es nur mit freien Menschen, und Erich Ollenhauer legte Wert auf die Feststellung, dass das Saar-Gebiet nie mehr zu einer Sprengbombe werden darf, sondern ein Bindeglied der Freundschaft zwischen Deutschland und Frankreich werden muss.

Ollenhauers offenes Bekenntnis, dass er sich mit den Landsleuten an der Saar verbunden fühle, war gleichzeitig eine Aufforderung an die Westmächte, das Verlangen nach der Wiedervereinigung Gesamtdeutschlands nicht als verwerflichen Nationalismus auszulegen, sondern als das zu sehen, was es ist: das Streben nach einer europäischen Ordnung, in der die Deutschen als Gleiche unter Gleichen, mit gleichen Rechten und Pflichten an der Regelung von Frieden, Freiheit und Sicherheit für alle Menschen und Völker mitarbeiten.

+ + +

21. 11. 1955

Kommuniqué
der internationalen Konferenz sozialistischer Wirtschaftsexperten

Eine Tagung von Wirtschaftsexperten der sozialistischen Parteien aus acht Ländern fand vom 19. - 21. November im Hause der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Bonn statt. Delegierte aus folgenden Staaten nahmen an der Sitzung teil: Frankreich, Großbritannien, Holland, Norwegen, Österreich, Schweden, Schweiz und Deutschland. Ausserdem war ein Vertreter der polnischen Sozialistischen Partei im Exil anwesend. Die Konferenz wurde von dem Vorsitzenden der SPD, Erich Ollenhauer, begrüsst.

Zweck der Konferenz war der Austausch von Erfahrungen und Gedanken über Wirtschaftspolitik und ihre Methoden.

In der Diskussion wurden die Ziele und Probleme der sozialistischen Wirtschaftspolitik besprochen, insbesondere Vollbeschäftigung ohne Inflation, Steigerung des Sozialproduktes, seine gerechte Verteilung, wirtschaftliche Gleichberechtigung, Verhinderung des Missbrauchs wirtschaftlicher Macht.

Die Konferenz befasste sich ferner mit den zur Beeinflussung der Wirtschaft zur Verfügung stehenden Mitteln wie Geld- und Budgetpolitik, direkten Kontrollen, sozialisierten Unternehmen, der Rolle der Marktwirtschaft in einer sozialistischen Politik sowie Massnahmen in Bezug auf Preise, Gewinne und Löhne.

Der äusserst erfolgreiche Gedankenaustausch endete mit der Erörterung möglicher Verbesserungen der wirtschaftspolitischen Methoden und es wurde vorgesehen, einige spezielle Probleme besonders zu untersuchen sowie der Sozialistischen Internationale vorzuschlagen, weitere Konferenzen dieser Art zu veranstalten.

+ + +

Von den deutschen Konferenzteilnehmern wurde uns dazu Nachfolgendes erklärt:

"Der Verlauf der Konferenz bestätigte die wirtschaftspolitischen Auffassungen der deutschen Konferenzteilnehmer: Die Ideale von Freiheit und Gerechtigkeit und der Tatbestand einer Übergangswirtschaft, in der wir uns befinden, erlauben weder eine Politik des laissez faire, noch eine totale Reglementierung des Gesellschaftslebens durch die Methoden der Zentral-Verwaltungswirtschaft, noch eine Politik des fallweisen und planlosen Staatsinterventionismus. Allein eine planvolle, systematische Wirtschaftspolitik in sozialistischem Geiste, die das gesamte Instrumentarium moderner Wirtschaftspolitik beherrscht und in diesem Zusammenhang auch dem Leistungswettbewerb der Produzenten eine gesellschaftliche Funktion gibt, ist geeignet, den Völkern Wohlstand und soziale Sicherung zu geben."

+ + +

Genfer Fiasko - von USA gesehen

C.L., New York

Das Neue an dem Fiasko der Genfer Aussenminister-Konferenz ist, dass es bisher allen Künsten der "psychologischen Kriegführung" nicht gelungen ist, die Ergebnisse der Aussenminister-Beratungen als einen - Erfolg darzustellen. Bei früheren Konferenzen, so negativ sie auch enden mochten, war es der amerikanischen Diplomatie in der Regel möglich, sie zumindest für den innenpolitischen "Gebrauch" als - Erfolge darzustellen. Bei dem gegenwärtigen Fiasko ist selbst dies nicht möglich. In USA mehren sich die kritischen Stimmen, die Genf als einen schweren Misserfolg für die amerikanische Diplomatie und ihren Chef, Aussenminister Dulles, bezeichnen.

Viele fragen: Warum war Dulles so optimistisch, wenn nichts, aber auch nichts zu erwarten war? Die einen, die den "Geist von Genf" niemals willkommen hiessen, meinen: es war eine Illusion von Anfang an. Die Rechtsrepublikaner wie Knowland sehen nun ihre Zeit der Scharfmacherei wieder gekommen. Eisenhowers Über-Optimismus nach der Genfer Konferenz der Regierungschefs wird als unbegründet und irreführend angesehen. Obwohl der noch nicht gesunde Präsident von allen Seiten persönlich geschont wird, ist diese Kritik an seiner Diplomatie sehr deutlich. So erheben die Anhänger des Kalten Krieges wieder ihre Stimme: mit den Russen kann man nicht verhandeln, sie haben sich nicht geändert. Ihr Lächeln ist gefährlicher als ihre grimme Mine.

Unrealistische Vorschläge

Andere wiederum erheben die Frage: Warum tut man nun so enttäuscht, wo doch niemand annehmen konnte, dass die Vorschläge, die Dulles für die deutsche Wiedervereinigung nach Genf mitnahm, von den Russen angenommen oder auch nur ernsthaft in Betracht gezogen werden könnten. Diese Kritik, die von aussenpolitischen Fachleuten wie Walter Lippmann oder dem diplomatischen Korrespondenten der "New York Times", Reston, kommt, ist viel ernster zu nehmen, weil sie zum ersten Mal der amerikanischen Öffentlichkeit klarzumachen versucht, dass eine Politik der Wiedervereinigung nur dann als solche betrachtet werden kann, wenn sie einen realistischen Weg dazu weist. Dulles' und seiner Kollegen Macmillan, Pinay und Brentanos Weg wird als unrealistisch und unernst bezeichnet. Denn niemand durfte erwarten, dass die Russen dem "Geist von Genf" zuliebe einer Lösung zu-

stimmen würde, die auch noch die Deutschen der heutigen Ostzone in das NATO-System eingliedern würde.

Man darf nicht erwarten, dass diese von den wenigen Fachleuten der Aussenpolitik vertretene Meinung sich sofort oder unmittelbar auf die amerikanische öffentliche Meinung übertragen wird. Die allgemeine Reaktion auf Genf wird sein: Die Russen sind genau so unnachgiebig wie vor der Politik des "Lächelns". Aber mit dieser allgemeinen Haltung wird die Frage verbunden werden: Warum haben wir uns bei der Konferenz der Regierungschefs von ihnen irreführen lassen? Warum sind wir auf das Lächeln eingegangen?

Und diese Kritik wird sich gegen die ewigen Schwankungen in der amerikanischen Diplomatie, gegen die unvermittelte und sachlich unbegründete Abwechslung zwischen Über-Optimismus und schwärzestem Pessimismus richten. Das ist offenbar auch der Punkt, an dem die Kritik der Demokraten einsetzen wird. Schliesslich beginnen die Amerikaner zu verstehen, dass Eisenhowers betonter Optimismus nach Genf vor allem der Vorbereitung einer sehr wirksamen Wahlparole diene. "Peace and Prosperity" (Friede und Prosperität) sollte der Wahlschlager für 1956 werden und Eisenhowers Wiederwahl mit überwältigender Mehrheit sichern.

"Offene" Diplomatie?

Nun ist Eisenhower erkrankt und auch nach seiner relativen Wiederherstellung ist kaum zu erwarten, dass er derjenige sein wird, der diese Politik als Kandidat vertreten wird. Aber wenn nun der Kalte Krieg das kurze Zwischenspiel des Kalten Friedens und des warmen Lächelns ablöst, wenn dieses Zwischenspiel mit einer Schwächung der allgemeinen Position der amerikanischen Diplomatie endet - Russland ist nun plötzlich als Machtfaktor im Nahen Osten aufgetaucht - , so kann sich dieses innenpolitische Manöver sehr leicht in sein Gegenteil wenden. Dazu kommt die Tatsache, dass die Haltung des Aussenminister Dulles sich als nichts anderes als ein nicht sehr geglücktes psychologisches Kunststück erweist. In Genf herrschte zwar offene Diplomatie in dem Sinne, dass man alle Äusserungen aller Beteiligten aus Gründen psychologischer Kriegführung in die Welt hinausposaunte. Aber in Wahrheit war es nicht offene Diplomatie, denn der Optimismus Dulles' war nicht offen, nicht ein Ausdruck seiner Überzeugung. In Wahrheit

glaubte niemand im Washingtoner State Department an irgend eine sachliche Einigung. Allerdings erwartete man, dass der Misserfolg nicht so scharf und nackt in Erscheinung treten werde. Der Hauptfehler war, die Kunst der Diplomatie so zu übertreiben - und noch dazu schlecht zu spielen - , dass nun vor aller Welt klar ist, dass Aussenminister Dulles entweder in einer Welt falscher Illusionen lebte, als er mit angeblich so grossem Optimismus nach Genf fuhr, oder dass er zwar nicht sich, aber die amerikanische Öffentlichkeit über die wahre Situation täuschte. Der Misserfolg ist jedenfalls - total.

+ + +

Auf dem Rücken der Berliner

EZ - Berlin

Es sprechen Anzeichen dafür, dass vor allem Berlin die nach der Genfer Aussenminister-Konferenz erneut versteifte Situation verspüren soll. Nicht anders sind Ankündigungen zu verstehen, die die Bezirksleitung der Berliner SED in der zweiten November-Ausgabe des "Notizbuches des Agitators" veröffentlicht hat. Dieses Publikationsorgan der SED, das bisher allgemeine agitatorische Richtlinien für die Partei enthielt, ist seit einigen Wochen, wie das Zentralorgan der SED am 15. November mitteilte, mit der ausschliesslichen Aufgabe betraut worden, "die Verhältnisse in Berlin zu berücksichtigen". Mit anderen Worten, es soll künftig die Direktiven der SED für die Politik in Berlin enthalten.

Um so schwerer wiegt die Tatsache, dass dieses Organ der SED jetzt Massnahmen gegen diejenigen Einwohner Ostberlins ankündigt, die ihrer Arbeit in den Westsektoren der Stadt nachgehen. Es handelt sich um 33 659 Berliner, die bisher für ihre Arbeitsleistung in Westberliner Betrieben ein Drittel ihres Lohnes oder Gehaltes in Westmark und den Rest in Ostmark erhalten. Sie werden von der SED beschuldigt, "als Bürger der DDR den Kriegstreibern zu dienen." "Es ist deshalb an der Zeit," so verkündet die SED weiter, "diesen Spaltungsspekulanten das Handwerk zu legen". Keinem Bürger der DDR dürfe es künftig gestattet sein, "die Militaristen durch den Verkauf seiner Arbeitskraft und seines Lebens zu unterstützen."

Damit ist ziemlich sicher, dass künftig die Spaltung Berlins

durch ein neues Verbot für alle Ostberliner vertieft werden soll, in Westberliner Betrieben zu arbeiten. Bereits Anfang 1953 hatte die Sowjetzonenregierung versucht, diesen Grenzgängern den Garaus zu machen, als sie im Februar überraschend allen Ostberlinern, die in Westberlin arbeiteten, keine Lebensmittelkarten mehr aushändigte. Drei Monate lang standen diese über 30 000 Menschen unter dem Druck der SED, die ihnen durch Höckerhängen des Brotkorbes die täglichen Exkursionen zum Westberliner Arbeitsplatz verleiden wollten. Diese Repressalien blieben ohne Erfolg, wie auch die zahlreichen einzelnen Versuche der SEDistischen Bezirksverwaltungen Ostberlins, in Westberlin arbeitende Fachkräfte durch keineswegs schlechte Arbeitsangebote nach Ostberlin zurückzulocken.

Es erhebt sich die Frage, ob in dem angekündigten Verbot nicht ein erster Schritt zu einem neuen Versuch, die Sektorengrenze zu sperren, erblickt werden muss. Sicher soll durch das Verbot der Westarbeit der Verkehr von Ostberlin nach den Westsektoren wesentlich eingeschränkt werden. Da die Zonenregierung vor wenigen Tagen neue Massnahmen zur Verhinderung der "Republikflucht" ankündigte, liegt der Verdacht nahe, dass auch das bevorstehende Westarbeit-Verbot in solchem Zusammenhang gesehen werden muss. Im Grunde ist das alles nicht neu. Man braucht nur an die Verpflichtungsaktion^{en} zu erinnern, die auf Anordnung von Pankower Regierung und SED in fast allen staatlichen Verwaltungsstellen und Betrieben Berlins und der Zone durchgeführt wurden und die unter Androhung der sofortigen Entlassung einem grossen Teil der Belegschaft jedes Betreten westberliner oder westdeutschen Bodens untersagten.

Der Beobachter der Berliner Situation erinnert sich bei dieser Gelegenheit auch der Tatsache, dass die Zonenregierung bereits seit Monaten auf Anordnung der von Sowjetrussen geleiteten sogenannten "Internationalen Abteilung" im Pankower Verkehrsministerium technische Vorkehrungen getroffen hat, um von heute auf morgen den gesamten Eisenbahnverkehr, soweit er jetzt noch durch Westberlin läuft, zu unterbinden. Damals wurde auch das Fernsprechnetz der Eisenbahn so neu geschaltet, dass praktisch seit diesem Zeitpunkt die durch die Westsektoren laufenden Leitungen unterbrochen sind.

Nochmals: Der Lohnkampf geht weiter

sp. Der Arbeitgeberverband der Eisen- und Stahlindustrie eV. hat sich mit Recht darüber beschwert, dass wir in unserem Kommentar zur Lohnsituation in Nordrhein-Westfalen am Freitag, dem 18. November behauptet hatten, die Arbeitgeber seien zu den Verhandlungen bei Arbeitsminister Platte nicht erschienen. Diese Behauptung war unrichtig, tatsächlich sind die Arbeitgeber zu den Verhandlungen erschienen. Unsere Information lautete dahin, dass die Arbeitgeberseite zu Verhandlungen nicht bereit sei, woraus wir irrtümlich geschlussfolgert hatten, dass sie zu den Verhandlungen nicht erschienen sei. Wir bedauern das Missverständnis.

Zur Sache selbst:

Nach wie vor geht es im Lohnstreit in Nordrhein-Westfalen darum, dass das von den Arbeitgebern gemachte Angebot von 14 Pfennigen pro Stunde, gegenüber den geforderten 20 Pfennigen der IG.-Metall, tariffähig wird. Die Arbeitgeber hatten angeboten, wie bereits in unserem Kommentar bemerkt, diese 14 Pfennige im sogenannten Anhängerverfahren zu gewähren. Sie waren nur bereit, den sogenannten Zeitlöhnern die 14 Pfennige als Tariflohn zu gewähren, also den Tariflohn von 1,56 DM auf 1,70 DM zu erhöhen. Den Akkordverdienern sollten die 14 Pfennig nur als Zuschlag zu ihrem Lohn, also sozusagen als Zulage gewährt werden. Damit wären etwa 60 % der Beschäftigten dem Risiko ausgesetzt gewesen, diese Zulage in kritischen Tagen wieder zu verlieren, da sie keine Tariffähigkeit erlangte. Darauf konnte sich die IG.-Metall nicht einlassen, abgesehen davon, dass sie nach wie vor ihre höhere Forderung aufrechterhält.

Die Verhandlungen bei Arbeitsminister Platte waren nach dem bereits vorliegenden Ergebnis der Streikabstimmung erst wieder möglich geworden, nachdem die Arbeitgeber erklärt hatten, dass sie nicht unbedingt an dem Anhängerverfahren festhalten wollten. Sie sind gescheitert, weil die Arbeitgeberseite trotz dieser Erklärung nicht auf diese Form der Lohnzulage verzichten wollte.